Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 12 (1932-1933)

Heft: 9

Artikel: Gegenbemerkungen

Autor: Bertheau, Th.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157546

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Begenbemerkungen.

Von Th. Bertheau.

ie "Neue Zürcher Zeitung" empfindet die von den "Schweizer Monatsheften" an ihrer auslandspolitischen Haltung wiederholt geübte Kritif begreiflicherweise nicht als eine Annehmlichkeit und beschäftigt sich in einem kürzlich erschienenen Leitartikel (Abendblatt vom 16. November) mit dieser Kritik. Dies gibt Anlaß zu Gegenbemerkungen.

Nach der "Neuen Zürcher Zeitung" baut sich die "Opposition" der gelben Hefte auf folgenden Gedankengängen auf: Deutschland ist zu schwach und Frankreich zu stark, es besteht Gefahr, daß die Schweiz zum französischen Basallenstaat werde, ergo muß sie sich an die Seite Deutsche lands stellen. Diese "grundlegende These" für die Politik der Monatsheste, sagt die "Neue Zürcher Zeitung", wolle sie sich näher besehen.

Ich anerkenne zunächst, daß die außenpolitische Auffassung der gelben Hefte und die meinige bahin geht, Deutschland sei zu schwach und Frankreich ju ftark und es bestehe die Gefahr, daß die Schweiz zum frangofischen Basallenstaat werde oder, wie ich es formuliere, wiederum zum französischen Basallenstaat hinabsinke, und bedauere es außerorbentlich, "Neue Zürcher Zeitung", obwohl sie es in Aussicht stellte, diese beiden Bestandteile der "grundlegenden These" weder einer näheren noch einer weiteren Besichtigung unterzog. Diese Besichtigung und Prüfung der Thesen auf ihre Richtigkeit hatte keine Schwierigkeiten geboten. In nicht gerade wenigen einläßlichen ober kürzer gehaltenen Auffätzen haben seit bald zwölf Jahren die Monatshefte ihre außenpolitischen Auffassungen außeinander= gesett. Wir haben nicht bloß behauptet, sondern sie an hand der geschicht= lichen Tatsachen und Erfahrungen begründet, wir haben Vergangenheit und Gegenwart prüfend verglichen und schließlich die Nupanwendungen für die Gegenwart gezogen, wobei wir von dem, wie wir glauben, richtigen Grundsate ausgingen, daß, objektiv betrachtet, die gleichen oder ähnliche Tatsachen die gleichen oder ähnliche Folgen nach sich ziehen. Hält die "Neue Bürcher Zeitung" angewandte Methode und gewonnene Schlußergebnisse für falich, fo hätte fie fich ein Berdienst erworben, wenn fie die "Opposition" widerlegt und damit gezwungen hätte, das Feuer einzustellen. Selbstver=

ständlich steht es der "Neuen Burcher Zeitung" frei, die in Aussicht gestellte nähere Besichtigung zu unterlassen; aber dann halten wir uns auch nicht für geschlagen und haben teinen Grund, uns aus bem Staube zu machen. Merkwürdig ist die Art und Beise, wie sich die "Neue Burcher Zeitung" um bie Erörterung und Widerlegung der "grundlegenden These" herumdrudt; sie meint, die erste jum 3med ber mehrerwähnten näheren Besichtigung zu stellende Frage sei die, ob die Monatshefte durch diese Formulierung, nämlich die der grundlegenden These, den Standpunkt in kaum zulässiger Beise änderten, es gebe nämlich ein "Kardinalproblem in der internatio= nalen Politit auch für die Schweiz". Worin fieht nun die "Neue Burcher Zeitung" dieses Rardinalproblem der internationalen Politit? Darin, daß bie "Reue Burcher Zeitung" sich für verpflichtet halte, in ihrem Blatt mit Bezug auf Deutschland und Frankreich der Pflicht sachlicher und umfassen= ber Information zu genügen. Ich habe bisher noch nie gehört, daß diese Pflicht der "Neuen Zürcher Zeitung" ein Kardinalproblem der internationalen Politik sei; könnte aber dieser Pflicht die kardinalproblematische Natur nicht versagt werden, so frage ich weiter, weshalb nach dieser "ersten Frage" nicht die zweite behandelt wird, eben die Frage, ob die "grundlegende These" der gelben Sefte richtig oder falsch sei. Bang sachte lenkt auf diese Beise die "Neue Zürcher Zeitung" vom Thema, das sie felber angerufen hatte, nach bem "Kardinalproblem internationaler Politit" ab. Was nun aber diesmal die Hauptsache gewesen ware, die "grundlegende These", die bleibt unerörtert. Allenfalls tann noch gesagt werden, die "Neue Burcher Reitung" wolle die Schwäche Deutschlands bestreiten, indem sie auf wirtschaftliche Unterhandlungen aller Art verweise, die in der Schweiz nicht hätten bas Gefühl aufkommen laffen, man befinde fich einem wehrlofen Staat gegenüber; allein bei Betrachtung ber allgemeinen politischen Lage ber Schweiz stellen wir wohl besser nicht bloß ab auf wirtschaftliche Berhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland, sondern auf den finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, militärischen, turz ben politisch en Buftand in Frankreich einerseits und in Deutschland andererseits; wenn wir biese Zustände vergleichen, so erachten wir Deutschland als schwach und Frankreich als ftark. Aus biefem Berhältnis ziehen wir unsere Rudichlusse auf die politische Lage ber Schweiz. Das ist boch eine fehr einfache Sache, und jedermann versteht, wie es gemeint ift; also ift biese Ginsicht auch ber "Neuen Burcher Beitung" zuzumuten. Allein sie zieht es zur Aufklärung ihrer Lefer vor, ben Wagen auf Nebengeleise überzuleiten, bamit er bort stehen bleibe und vergessen werbe.

Gibt sich die "Reue Zürcher Zeitung" in ihrem Artikel nicht mit den Thesen ab, welche die Monatshefte aufgestellt haben, so beschäftigt sie sich umso eingehender mit der These, welche die Monatshefte und die sie hegenden Kreise nicht aufgestellt haben, die sie aber den Monatsheften in die Schuhe schiebt, ohne sie auch nur mit einem einzigen Worte, das sie den Monatsheften entnommen hätte, zu begründen. Ich meine damit das

"ergo" ber "Neuen Burcher Zeitung": weil bie Schweiz in Gefahr ift, zu einem frangosischen Basallenstaat hinabzusinken, muß sie sich "an die Seite Deutschlands ftellen" und, wie bie "Neue Burcher Beitung" im weiteren Berfolg ihres Artitels fagt, "mit ber beutschen Politit burch bid und bunn gehen". Diese Folgerung haben weder die Monatshefte noch der Schreiber dieser Zeilen je gezogen; unsere politische Intelligenz und Ginsicht wird hier von der "Neuen Burcher Zeitung" gang entschieben unterschätt. Der "Reuen Burcher Zeitung" ift eben bas fehr menschliche Berfehen paffiert, daß sie die Monatshefte nicht genügend studierte; das dürfen wir ihr nicht verübeln, weil wir, die wir die "Opposition" bilden, uns stets bewußt sind, daß von den beiden Faktoren wir der inferiore find. Wir muffen daher schon oft Gesagtes wieberholen, nicht wegen ber Oppositionellen, sondern, wie ich es wohl formulieren barf, zu handen unserer herren und Oberen. Also: wir haben barauf aufmerksam gemacht, daß sich bas frangösische Machtinstem, wenn auch nicht in ber gleichen Beise, auf die Schweiz und die mestlichen Gebiete Deutschlands erftrecte, daß wegen ber geübten Bestechungen und Geldverteilungen die Moral der schweizerischen wie der deutschen Potentaten teine einwandfreie gewesen sei, daß um die Wende des 18. jum 19. Jahrhundert die Schweiz und Deutschland von Frankreich unterworfen und sowohl die Schweiz wie Deutschland Frankreich heerespflichtig geworden seien, daß die politische Entwicklung der Schweiz und Deutsch= lands zum nicht geringen Teile auf die Befreiung von der Herrschaft und ber politischen Macht Frankreichs zurudzuführen sei, insonderheit, daß zu den Boraussetzungen der freiheitlichen Entwicklung der Schweiz die Befeitigung des beherrschenden Ginflusses Frankreichs ebenso erforderlich gewesen sei wie die saubere unverminderte Reutralität der Schweig, die wir 1815 erlangt hatten, daß heute biese Reutralität wegen bes mangelnden Gegengewichtes, also wegen ber offenbaren politischen Schwäche Deutschlands, zu Gunsten Frankreichs gestört sei, daß die neuerlichen Umtriebe Frankreichs zur Ablösung bes linksrheinischen Gebietes von Deutschland und die Beknabberungen der der Schweiz zustehenden territorialen Rechte um den Genfersee wie ihrer Neutralität selbst sich gleichzeitig ereigneten u. f. w. u. f. w. Wir haben also geglaubt, in ben Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen der Schweiz und Frankreich eine gewisse Parallelität der Borgänge feststellen zu können, folgern aber hieraus nicht, daß wir uns an die Seite Deutschlands ftellen mußten, sondern wir folgern, daß es wünschbar sei und im Interesse der Schweiz liege, daß Deutschland stärker und Frankreich weniger stark sei; benn wir wissen nicht, was sich auf Grund ber gegenwärtigen und fünftiger Machtverteilung noch alles ereignen wird, aber letten Endes ift Deutschland nicht auf die Schweiz angewiesen, wohl aber ift bas politische Schicksal Deutschlands maggebend für das politische Schicksal der Schweiz. Hier, in dieser historisch nachweisbaren Berbundenheit, sehe ich die "Rongenialität" mit Deutschland; wir haben allen Grund, das zu fördern ober die Förderung dessen zu wünschen,

was Deutschland anstrebt, um wieder zu seiner Unabhängigkeit nach außen und damit zu der ihm gebührenden politischen Macht zu gelangen. Dieses Biel zu erreichen, ist der Zweck der deutschen Auslandspolitik, ist die eigentsliche deutsche Auslandspolitik. Wie dies bewerkstelligt werden soll, darauf haben wir keinen Einfluß, aber das Ergebnis selbst ist sür die Selbständigskeit der Schweiz entscheidend. Es handelt sich hier auch um unser e Sache; an den objektiven politischen Gegebenheiten, ob sie uns zusagen oder nicht, ist eben nicht zu rütteln. Wir empsehlen der "Neuen Zürcher Zeistung", sich die hier allerdings sehr abgekürzte Begründung der "grundslegenden These" näher zu besehen, um sie zu widerlegen; vielleicht gelangt sie auch zur Anerkennung ihrer Richtigkeit.

Bon diesem unserem Standpunkt aus kann ich es unterlassen, die Fragen der "Neuen Zürcher Zeitung", ob wir mit hitler, mit hugenberg, mit Schleicher, mit Papen oder mit anderen gehen follen, zu beantworten; mich perfönlich läßt es auch, ba ich nicht Deutscher bin, durchaus kalt, ob bie Aufgabe, die sich Deutschland, seinetwegen und nicht unsertwegen, stellt und stellen muß, von einer republikanischen oder einer monarchischen Regierung gelöft wird; hat das republikanische Frankreich seinerzeit die Schweiz erobert, in Besit genommen und ausgeplündert, so haben umgekehrt die deutschen Monarchen die freie Entwicklung der Schweiz im 19. Jahrhundert keineswegs gehindert. Ich habe auch nicht zu beurteilen, ob die deutsche Diplomatie richtige oder falsche Wege beschritt, bezweifle aber nicht, daß sie, wenn sie von einem von der Redaktion der "Neuen Bürcher Zeitung" bestellten Komitee geleitet worden mare, heute mit ben glanzenoften Resultaten aufwarten könnte; wie eine fch weizer ifch e Auslandspolitik, die dem helvetischen Auge standhält, beschaffen sein muß, hat die "Neue Zürcher Zeitung" durch ihre Haltung im Genfer Zonenstreit bargetan, als es sich barum handelte, 1922/23, die Zonen an Frankreich nicht preiszugeben, und in der Frage des allgemeinen Ordensverbotes, das auch von einer stattlichen Unzahl einsichtiger Welschschweizer gewünscht wurde, was der "Neuen Zürcher Zeitung" völlig entgangen zu sein scheint, obwohl man es in ben Zeitungen lefen konnte. Ich erlaube mir übrigens, auf Grund gemisser Renntnisse, zu bezweifeln, daß die "Neue Burcher Zeitung" bas Butrauen ber gesamten romanischen Schweiz besitt, und weiß gang bestimmt, daß sie das Bertrauen sehr ausgedehnter Rreise der beutschen Schweiz nicht besitt, wofür ich mich auf geschehene Abstimmungen rein politischer Natur berufe, in welchen die Auffassung der "Neuen Burcher Zeitung" über die "wahrhaft nationale Linie der internationalen Politit" nicht geteilt murde. Es gibt aber Leute, die finden, die "Neue Burcher Zeitung" sei auch dem beutschschweizerischen Bolke etwas schuldig und es schuldig geblieben, und ferner, sie sete sich vielleicht allzu sehr in aller Welt für die frangösische Politik ein, direkt, oder indirekt über Genf, doch handelt es sich hier wohl eher um subjektive als um objektive Gegebenheiten, worüber allerdings gestritten werben kann.

Bum Schluß hält mich die "Reue Bürcher Zeitung" für verpflichtet, Die positive, die konstruktive ausländische Politik aufzuzeigen, die wir zu Rut und Frommen unseres Landes betreiben sollen. Bur Antwort verweise ich vorerst auf Band 1-12 der Monatshefte, wo wir unsere Meinung in diefer Sache in ausführlichster Weise zum Ausdruck gebracht haben. Da ich aber bloß ohnehin Breitgeschlagenes wiederum breitschlage, so kann ich auch auf diesen Punkt zurücktommen. Als Auslandspolitik zu Rut und Frommen unseres Landes sehe ich die an, die von 1815 bis 1918 befolgt worden ist, also die strifte Neutralitätspolitik, trop der Mängel, die ihr anhaften. Diese Neutralitätspolitit ift bas Ergebnis unserer geographischen Lage, die wir nicht ändern können; befolgen wir sie nicht, so setzen wir unsere Eristenz aufs Spiel. Wir sollen die ehrlich gemeinten Friedenswerke unterstützen, nicht aus leberner Tugendhaftigkeit, sondern aus der prattischen Erkenntnis, daß uns nichts anderes übrig bleibt. Wir sollen uns ferner nicht in die Angelegenheiten Anderer mischen; wie mir scheint, ist bies auch die Politik des Bundesrates und des Chefs der schweizerischen Bölkerbundsbelegation, dem die Gabe verliehen ift, mit vielen und beredten Worten nichts zu fagen und uns politisch zu nichts zu verpflichten, sodaß ich, nach geschehener reumütiger Wandlung, den aufrichtigen Wunsch ausipreche, er möge uns noch recht lange erhalten bleiben. Insbesondere sollen wir uns in feine Sache einmischen, die ber Freiheit und Unabhängigfeit Anderer abträglich ist, weil sich das für uns nicht geziemt; ich denke hier gang besonders an Ofterreich, deffen Buftand feit Friedensschluß ein fehr erbärmlicher und bessen Behandlung eine sehr verächtliche Sache ift, und ich teile auch die Auffassung nicht, die von den Hfterreichern ein mutiges Selbst= bekenntnis zum eigenen Staat erwartet, weil, wie die "Reue Zürcher Zeitung" sehr naiv meint, wir einen vierten Unstößer an unser Land brauchen. Wir sollen auch nicht hinter ben Siegern herlaufen; das ist für die Rleinen ichon beswegen gefährlich, weil sie von den Siegern ja doch durchschaut und somit nichts weniger als hochgeschätt werden. Ober zeugt etwa bie Er= ledigung oder auch Nichterledigung von allerlei Anständen und Angelegen= heiten durch Frankreich von seiner besonderen Hochachtung für uns? Und endlich sollen wir uns bemühen, so gut als möglich die Gefahren zu beftehen, die uns aus dem Umftande erwachsen, daß gerade Genf Sit bes Bölkerbundes ist. Ein Miniaturstaat — und dazu von der exponierten Lage Genfs - eignet sich nicht für berartige große Sachen, es sei benn, er sei gerade für diese große Sache aufgestellt worden und habe keinen andern Zweck, als eben Residenz der Regierung eines großen Staates oder einer überstaatlichen Organisation zu sein. Genf war aber schon vor dem Bölkerbund da und hat eben seinen eigenen Zweck als Kanton und Glied der Eidgenossenschaft. Ich weiß nicht, ob diese Außerungen über konstruktive ausländische Politik der Schweiz der "Neuen Zürcher Zeitung" besonders zusagen, aber da sie mich fragte, glaubte ich ihr eine Antwort, wenn sie auch unvollständig ift, zu schulden.

Im übrigen gewärtige ich, ob die "Neue Zürcher Zeitung" die "grundslegende These" der gelben Hefte, nämlich die wirklich von ihnen aufgestellte und nicht die ihr fälschlicherweise zugeschriebene, zu widerlegen unternimmt. Gelingt ihr die Widerlegung, so bin ich, das liegt schon in meinem Beruse, selbstverständlich stets bereit, der besseren Einsicht der Anderen ohne Widersrede zu solgen.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen.

Bon Ernft Wolfer.

as Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahlen kam nicht unerwartet. Überraschend aber war der Umfang des demokratischen Bahlsieges vom 8. November. Sowohl das Mehr an Volksstimmen, wie das Mehr an Elektoratsstimmen übertrifft die bisherigen Rekorde. Gegenüber der Wahl vor vier Jahren bedeutet das diesjährige Ergebnis einen Erdrutsch von einem Drittel der Gesamtstimmen von der republikanischen zur demokratischen Partei. Bon 48 Staaten stehen dies Jahr 42 auf Roosevelts Seite, wobei es diefes Sahr ben Demokraten fogar gelang, einige Stude aus bem traditionell-soliden republikanischen Block der New-England Staaten herauszubrechen. Und tropdem war diesmal eine Wahlprognose durchaus nicht leicht. Noch einen Monat vor den Wahlen wurde die Frage ernsthaft dis= kutiert, ob New York, ein meist republikanisch wählender Staat, diesmal zu Hoover oder Roosevelt stehen würde; die Wahlen brachten dem demokratischen Kandidaten ein Riesenmehr von über 600,000 Stimmen. Das gleiche geschah im meist ebenso republikanischen Californien, Hoovers Wahlheimat. Die demokratische Springflut fegte auch eine riesige Zahl von republikanischen Inhabern von Governorposten, Staats=, Distrikts=, County= und Gemeindeämtern hinweg und setzte an deren Stelle Demokraten. Das Repräsentantenhaus erhält eine noch nie gesehene demokratische Mehrheit und die Ergebnisse der Wahlen in den Senat geben den Demokraten auch bort die sichere Kontrolle. Einige berühmte und würdige Mitglieder des Senates sind den Wahlen zum Opfer gefallen, so Senator Moses in Rhode Jiland, der dem Senat bereits 30 Jahre angehörte, und Senator Smoot aus Utah, der Mitverfaffer des berüchtigten Sawlen-Smoot-Rolltarifes.

"Es muß anders werden" war der Grundton, der die Wahlen besherrschte. Die Wirtschaftskrise, die über der Welt steht und diesmal auch Amerika packte, fand das amerikanische Volk im Zustand rosigsten Prosserityglaubens. Die bisherige Entwicklung schien skändig zunehmenden